



Mitteilungen aus dem Bundestag | DR. PANTAZIS berichtet - 20.10.2023

Liebe Freundinnen und Freunde,
Liebe Unterstützerinnen und Unterstützer,
Liebe Braunschweigerinnen und Braunschweiger,

am Montag machte ich mich auf den Weg zur Sitzungswoche nach Berlin, die ich wie immer mit Euch heute beleuchten will.

Doch bevor ich damit beginne, möchte ich auf die aktuelle Stimmung in unserem Land eingehen, die mich beunruhigt. Menschen erleben erneut Ängste in Deutschland aufgrund ihrer jüdischen Identität.

Der versuchte Angriff auf die Synagoge in Berlin, Wohn- und Geschäftshäuser, die mit Davidsternen gekennzeichnet wurden und die Notwendigkeit, das Holocaust-Mahnmal vor mutwilliger Zerstörung geschützt wird, sind untragbare Verhältnisse und müssen umgehend gestoppt werden.

Sie erinnern auf alarmierende Weise an das **dunkelste Kapitel** unserer Geschichte. Wir haben versprochen: „**Nie wieder!**“ und dieses Versprechen gilt heute. **Antisemitismus findet keinen Platz in Deutschland!** Wir dürfen nicht zulassen, dass das Klima des Hasses unsere Gesellschaft beherrscht.

Die Arbeit an einem guten sozialen Klima ist eine gemeinsame Anstrengung, die von der gesamten Gesellschaft getragen werden sollte. Jeder muss seinen Teil beitragen, sei es durch offene Gespräche, uneingeschränkte Empathie oder die entschlossene Förderung von Toleranz und Respekt für alle Mitmenschen.

In diesem Sinne passt auf Euch auf und bleibt mir gesund.

Euer Kitto



SPD-Ortsverein Braunschweig-Südost lädt zu „Pizza und Politik“ ein

Der SPD-Ortsverein Braunschweig-Südost lädt alle Bürger:innen für Dienstag, 24. Oktober, ab 18.30 Uhr zum Format „Pizza und Politik“ im Bürgersaal im „Roxy“, Welfenplatz 17 ein. Ich werde da sein und all Euren Fragen Rede und Antwort stehen. Ein guter Zeitpunkt, mir auf den Zahn zu fühlen.

Die Veranstaltung bietet die Möglichkeit, mit mir über aktuelle politische Themen wie beispielsweise das Heizungsgesetz, die Inflation und die Krankenhausreform auszutauschen.

Der SPD-Ortsverein Braunschweig-Südost bittet um Anmeldung per E-Mail an ov-suedost@spd-braunschweig.de

Ich freue mich auf das Gespräch mit Euch und auf viele interessante Fragen.



SPD
Pizza & Politik

- *Was wird mit unseren Heizungen?*
- *Wie hilft der Bund bei der hohen Inflation?*
- *Was ist mit den Flüchtlingen?*
- *Wie schaffen wir Frieden zwischen der Ukraine und Russland? ...*

Zeit: Dienstag, 24. Oktober, um 18:30 Uhr

Ort: Bürgersaal im Roxy, Welfenplatz 17, Südstadt



Wir laden bei leckerer Pizza zu einem Austausch zu aktuellen politischen Themen mit dem Bundestagsabgeordneten Dr. Christos Pantazis ein.

Sie erleichtern uns die Organisation mit Ihrer Anmeldung per Mail unter OV-Suedost@spd-braunschweig.de

145 Jahre Sozialistengesetz: Der Unbeugsame Weg der Sozialdemokratie in Deutschland

Vor 145 Jahren, im Jahr 1878, wurde das Sozialistengesetz in Deutschland verabschiedet - ein düsteres Kapitel unserer Geschichte, das die Sozialdemokratie auf eine harte Probe gestellt hat. Durch das Gesetz wurden sämtliche sozialdemokratischen Gruppierungen untersagt.

Trotz dieses Verbots wurde die Arbeiterbewegung nicht besiegt. Die Idee der sozialen Gerechtigkeit, die Idee, dass alle Menschen die gleichen Chancen auf ein gutes Leben haben sollten, ließ sich nicht unterdrücken. In den dunkelsten Zeiten haben die Genoss:innen von damals den Glauben an eine gerechtere Gesellschaft bewahrt.

Die sozialdemokratische Bewegung kann auf viele Errungenschaften zurückblicken, die wir heute als selbstverständlich ansehen, wie die Mitgestaltung und Weiterentwicklung der **Sozialen Marktwirtschaft** und der **Sozialversicherungssysteme**.

Der Weg zur sozialen Gerechtigkeit mag manchmal steinig sein, aber es hat sich immer gelohnt, ihn zu gehen und wir setzen ihn fort.



Gesundheitspolitische Schwerpunkte Für mehr Transparenz und Qualität in Krankenhäusern

Wer eine OP vor sich hat, braucht verlässliche Infos darüber, in welchem Krankenhaus die bestmögliche Behandlung zu erwarten ist. Mit dem **Krankenhaus-Transparenzgesetz** wird es ab dem kommenden Jahr ein **Online-Infoportal** geben, in dem die Patient:innen alle verfügbaren **Krankenhausdaten** einsehen können - etwa wie oft Eingriffe vorgenommen werden und wie viele Fachärzt:innen und Pflegende in der Klinik arbeiten. Viele dieser Daten werden zwar schon erhoben, sind aber bisher nur schwer einzusehen.

Mit dem **Info-Portal** packen wir den **ersten Teil der Krankenhausreform** an, von der ich hier schon berichtet habe, da ich als zuständiger Berichterstatter schon sehr lange daran mitarbeite. In einem zweiten Schritt strukturieren wir das Krankenhauswesen neu. Unser Ziel ist dabei, die **Qualität der Behandlungen** zu verbessern und sicherzustellen, dass Kliniken nur das anbieten, was sie am besten können. Dazu werden gemeinsam mit den Ländern **65 Leistungsgruppen** definiert. Die Länder, die für die Krankenhausplanung zuständig sind, weisen ihren

Krankenhäusern bestimmte Leistungsgruppen zu. Für jede Leistung gibt es **bundeseinheitliche Kriterien**, sodass sichergestellt ist, dass Patient:innen unabhängig von der Größe des Krankenhauses die beste Versorgung bekommen.

Um den Krankenhäusern den wirtschaftlichen Druck zu nehmen, steigen wir aus dem Hamsterrad der Fallpauschalen aus. Stattdessen erhalten Kliniken Vorhaltepauschalen für die Leistungen, die sie anbieten. So steht künftig **Qualität und nicht Quantität** im Fokus der medizinischen Versorgung.

Dieses Gesetz ist ein erster wichtiger Baustein für die tiefgreifendste und längst überfällige **Krankenhausreform der letzten 20 Jahre**. Anlässlich der 2. und 3. Lesung des Gesetzes hätte ich am Donnerstag vorm Plenum gesprochen, ich habe es aber zu Protokoll gegeben. Hier könnt Ihr meine Rede verschriftlicht lesen:

[Meine Rede zum Krankenhaus-Transparenzgesetz \(hier klicken\)](#)



[Mehr Gesundheitsschutz durch kontrollierten Umgang mit Cannabis](#)

Wir wollen **Cannabis** wirksam **entkriminalisieren** und sorgen deshalb durch einen kontrollierten Umgang, mehr Aufklärung und effektivere Suchtprävention für mehr Gesundheitsschutz. Mit einem

Cannabis-Gesetz soll künftig der **private Eigenanbau** von Cannabis durch Erwachsene zum Eigenkonsum möglich sein sowie gemeinschaftlicher, nicht gewerblicher Eigenanbau von Cannabis in Anbauvereinigungen, den **Cannabis Social Clubs**. Cannabis vom Schwarzmarkt kann mitunter schwer gesundheitsschädlich sein. Durch staatlich kontrolliert angebautes Cannabis in Cannabis Social Clubs werden wir die Gesundheitsrisiken drastisch senken.

Verbote und Kriminalisierung haben ausdrücklich den Cannabiskonsum nicht verringert. Deshalb werden wir durch einen neuen Umgang mit Cannabis Aufklärung und Prävention stärken und Menschen nachhaltig schützen. Wir werden die **Aufklärungsarbeit** vor allem für junge Menschen intensivieren, um Konsum besser zu verhindern. Eine Abgabe von Cannabis an unter 18-Jährige bleibt untersagt.

CANNABIS, ABER SICHER!

Wir entkriminalisieren Cannabis und sorgen durch einen kontrollierten Umgang, mehr Aufklärung und effektive Suchtprävention für **mehr Gesundheitsschutz.**

SPD Fraktion im
Bundestag

Ausbildungsvergütung für Pflegestudierende

Gute Arbeits- und Ausbildungsbedingungen in der Pflege sind der Schlüssel für dringend benötigte Pflegekräfte. Wer Pflege an einer Hochschule studiert, soll künftig für die gesamte Dauer des Studiums eine **angemessene Vergütung** erhalten. Dies gilt auch für derzeitige Studierende. Die Finanzierung erfolgt über die Ausbildungsfonds nach dem Pflegeberufegesetz.

Zudem werden die **Anerkennungsverfahren** für ausländische Pflegefachkräfte vereinheitlicht und vereinfacht. Damit soll dem **Fachkräftemangel** in der Pflege entgegengewirkt und das Pflegestudium attraktiver werden. Zudem werden die rechtlichen Bedingungen der beruflichen Pflegeausbildung verbessert und an aktuelle Entwicklungen, etwa hinsichtlich der Digitalisierung, angepasst.

Im parlamentarischen Verfahren konnten wir erreichen, dass hochschulisch ausgebildete Pflegekräfte künftig einige Tätigkeiten übernehmen dürfen, die derzeit noch Ärzten vorbehalten sind. Das ist ein wichtiger Schritt zur **Aufwertung des Berufes**.



Botschaften der Woche

Mehr Transparenz bei politischer Interessenvertretung

Lobbyismus als Vertretung von Interessen gegenüber der Politik gehört zum Wesen der Demokratie. Aber Lobbyismus muss transparent sein. In der letzten Wahlperiode haben wir trotz des Widerstands der Unionfraktion das Lobbyregister eingeführt, das seit dem 1. Januar 2022 die Einflussnahme von Lobbyist:innen auf politische Entscheidungsprozesse transparenter macht. Lobbyist:innen, die Kontakt mit dem Bundestag oder mit der Bundesregierung aufnehmen, müssen sich registrieren und angeben, in wessen Auftrag sie agieren und auf welchem Themengebiet sie Interessen vertreten.

Seit der Einführung haben sich in der Praxis Lücken gezeigt, die wir nun schließen, um das Gesetz noch besser zu machen. Künftig müssen Lobbyist:innen angeben, auf welches konkrete Vorhaben sich die Interessenvertretung bezieht. Außerdem müssen alle Lobbyist:innen dann Angaben zur Finanzierung ihrer Tätigkeit machen. Wenn Auftragnehmer Aufträge für Interessenvertretungen weitergeben, wird künftig besser dargestellt, wer hinter dem ursprünglichen Auftrag steckt. Offengelegt wird auch, wer als Mandats- oder Amtsträger:in zu Lobbytätigkeiten wechselt. Zugleich reduzieren wir den bürokratischen Aufwand für Lobbyist:innen, der durch die weitgehende Angabepflicht entsteht.

**MEHR TRANSPARENZ
BEI LOBBYISMUS IM
DEUTSCHEN BUNDESTAG!**

So machen wir den Einfluss von
Interessensgruppen transparenter

**So machen wir das
Lobbyregister noch besser:**

- Lobbyist:innen müssen angeben, auf welches Gesetzgebungsvorhaben sie Einfluss nehmen wollen.
- Angaben zur Finanzierung müssen offengelegt werden.
- Sind mehrere Lobbyist:innen im Einsatz, muss der/die Auftraggeber:in angegeben werden.
- Offengelegt wird auch, wer als Mandats- und Amtsträger:in zu Lobbytätigkeiten wechselt.

Verkehr wird zuverlässiger, sicherer und klimafreundlicher

Der Verkehr soll zuverlässiger, sicherer und klimafreundlicher werden. Dafür haben wir als Koalition eine Reihe von Maßnahmen verabredet: Wir investieren massiv in die **Verkehrsinfrastruktur**. Einen Schwerpunkt legen wir auf die Bahn: Bis zu **45 Milliarden Euro** werden wir zusätzlich investieren, um das Schienennetz zu modernisieren und auszubauen. Zur Finanzierung führen wir eine Klimakomponente bei der **LKW-Maut** ein und weiten die **LKW-Maut auf Fahrzeuge ab 3,5 Tonnen** aus. Damit bilden wir die tatsächlichen Kosten der Mobilität ab und ermöglichen, dass Straße künftig Schiene mitfinanziert.

Wir beschleunigen wichtige Verkehrsprojekte: Wir machen Genehmigungsverfahren deutlich schneller - vor allem um die Schieneninfrastruktur schneller auszubauen, die dringend benötigte **Sanierung von Brücken** anzugehen, Stauengpässe bei Autobahnen zu beseitigen und die Schnellladeinfrastruktur zügig auszubauen.

Wir ermöglichen mehr Sicherheit im Verkehr vor Ort: Die Änderung des Straßenverkehrsgesetzes gibt den Kommunen weitere Handlungsspielräume, um den Verkehr in den Dörfern, Städten und Quartieren sicherer und für alle Verkehrsteilnehmenden gerechter zu organisieren, so wie es die jeweiligen Gegebenheiten vor Ort erfordern.

Verkehr wird verlässlicher, sicherer und klimafreundlicher!



Wir investieren zusätzlich bis zu **45 Milliarden Euro in die Schiene**, u. a. finanziert über eine neue Klimakomponente bei der LKW-Maut und deren Ausweitung auf Fahrzeuge ab 3,5 Tonnen.



Wir **beschleunigen** wichtige Verkehrsprojekte, inkl. der dringenden **Sanierung von Brücken** und des **Ausbaus der Schieneninfrastruktur**.



Kommunen erhalten mehr Spielräume, um auf örtliche Gegebenheiten im Straßenverkehr einzugehen. Das schafft **mehr Sicherheit vor Ort**.

Sehbehinderten-Reporter Braunschweig sind für Deutschen Engagementpreis nominiert

Die Sehbehinderten-Reporter machen das Geschehen bei Sportveranstaltungen und in Theatern für sehbehinderte Menschen hörbar und erlebbar. Diese großartige, ehrenamtliche Arbeit ist gelebte Inklusion und Teilhabe.

Stimmt noch bis zum **24. Oktober** auf der **Homepage des Deutschen Engagementpreises** für die Sehbehinderten-Reporter ab.

Das Bundesfamilienministerium stärkt und würdigt mit dem Deutschen Engagementpreis bürgerschaftliches Engagement. Der Einsatz der etwa **29 Millionen Menschen**, die sich in Deutschland für die Belange ihrer Mitmenschen engagieren, ist für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft unverzichtbar.

Stimmt noch bis zum 24. Oktober ab (hier klicken)



DEUTSCHER
ENGAGEMENT
PREIS



**JETZT FÜR SEHBEHINDERTEN-REPORTER
ABSTIMMEN.**

“Mitteilungen aus dem Bundestag | DR. PANTAZIS berichtet” erhebt - wie immer - nicht den Anspruch auf Vollständigkeit. Wenn du Fragen, Anregungen oder Kritik haben solltest, zögere bitte nicht, mich telefonisch unter Tel.: +49 531 4809 822 | Fax.: +49 531 4809 850, per Mail unter christos.pantazis@bundestag.de oder postalisch unter Wahlkreisbüro DR. PANTAZIS MdB | Schloßstraße 8 | 38100 Braunschweig zu kontaktieren.

Herzliche Grüße

Dein
Dr. Christos "Kitto" Pantazis

DR. CHRISTOS PANTAZIS, MdB
Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis 50 | Braunschweig
Stellv. gesundheitspolitischer Sprecher der SPD Bundestagsfraktion

--

Berliner Büro:

Deutscher Bundestag | Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
Tel.: +49 30 227 78040 | Fax: +49 30 227 23 78040

--

Wahlkreisbüro:

Volksfreundhaus | Schloßstraße 8 | 38100 Braunschweig
Tel.: +49 531 4809 822 | Fax: +49 531 4809 850

--

christos.pantazis@bundestag.de | www.christos-pantazis.de
